
Polen: Geschichte einer Wiederauferstehung

Rezension von: Jerzy Lukowski, Hubert Zawadzki, *A Concise History of Poland*, Second Edition, Cambridge University Press, Cambridge 2006, 371 Seiten, broschiert, £ 14,99.

Im Rahmen der Reihe „Cambridge Concise Histories“, deren Titel als Einführungen für historisch Interessierte und als Lehrbücher für Hochschulkurse konzipiert sind, erschien 2001 die erste Auflage der vorliegenden kurzen Geschichte Polens. Für die zweite Auflage haben die Autoren, die beide in England lehren, das erste Kapitel, das sich mit der Entwicklung Polens vom Mittelalter bis zur dritten Teilung (1795) befasst, erweitert und das achte Kapitel über die dritte Republik¹ bis zum EU-Beitritt im Jahre 2004 fortgeschrieben.

Rund sechzig Prozent des Bandes sind der Darstellung des 19. und des 20. Jahrhunderts gewidmet. Die Periode von 1795, als Polen von der Landkarte verschwand, bis 2004 war ganz überwiegend eine der Fremdherrschaft. Nur zwischen 1918 und 1939 sowie ab 1989 bzw. 1991 (Auflösung des Warschauer Pakts), also etwa ein Sechstel der Zeitspanne, war Polen ein wahrhaft unabhängiger Staat.

Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs hatten die Polen nur kurze Erfahrung mit Demokratie: Die demokratische Phase der ersten Republik (1918–1939) währte nur von 1919 bis zum Putsch Piłsudskis 1926. Das folgende „Sanacja“-Regime war autoritär strukturiert.

Der Zweite Weltkrieg und die deutsche Okkupation bildeten die größte

Katastrophe der polnischen Geschichte. Das Land verlor rund ein Fünftel seiner Bevölkerung. Gemeinsam mit der Ukraine und Weißrussland zählte Polen zu den am stärksten verwüsteten Territorien, etwa zwei Fünftel der Produktionskapazitäten wurden zerstört. Der rassistisch motivierte Vernichtungskrieg des NS-Regimes wandte sich in erster Linie gegen die jüdische Minderheit, von der rund 90% umkamen, aber auch gegen die Bildungselite Polens: 15% der Lehrer, 18% der Priester, 45% der Ärzte, 50% der Ingenieure und 57% der Rechtsanwälte fielen Massenerschießungen oder den Konzentrationslagern zum Opfer. Der sowjetische Terror in den von der Roten Armee besetzten Gebieten Polens (September 1939 bis Juni 1941 und ab 1944) richtete sich gegen die alten Eliten der ersten Republik – Offiziere, hohe Beamte, Großgrundbesitzer, Priester, Intellektuelle u. a. – sowie gegen die Angehörigen der „Heimarmee“, die den Untergrundkampf gegen die deutschen Besatzer getragen hatte.

Der Traum von der Befreiung nach den Schrecken von Krieg und Besatzung zerschellte an der geopolitischen Realität. Die Präsenz der Roten Armee, Terror, Unterdrückung, Einschüchterung, Wahlbetrug und schrittweise politische Gleichschaltung sicherten die Eingliederung Polens als Satellitenstaat in das osteuropäische Imperium der Sowjetunion. Immerhin blieb dem Land das Schicksal der baltischen Staaten erspart.

Forschungen in den 90er Jahren brachten das Ausmaß der Manipulationen zutage, das zur Anwendung kam, um zu verhindern, dass der Wille der Bevölkerungsmehrheit politischen Ausdruck fand. Bei Abhaltung freier Wahlen, wie sie in Jalta von den Sie-

germächten in Aussicht gestellt worden waren, und einer unparteiischen Auswertung der Ergebnisse hätte die kommunistische „Polnische Arbeiterpartei“ (PPR) ein ähnliches Desaster erlitten wie die ungarischen Kommunisten im November 1945. Lange Zeit geheim gehaltene Unterlagen der PPR zeigen, dass bei dem Referendum im Juni 1946, bei dem es v. a. um den wirtschaftspolitischen Kurs der provisorischen, von der PPR dominierten Regierung ging, nur 27% der WählerInnen alle drei Fragen bejahten und nicht 68%, wie die PPR behauptete und veröffentlichte. Rezente Studien sind zu der Einschätzung gelangt, dass bei den Parlamentswahlen im Jänner 1947 trotz massiver Einschüchterungen, Behinderungen und Propaganda 60-70% der Stimmen (!) auf die von Mikołajczyk geführte „Polnische Bauernpartei“ (PSL) entfielen, die sich zu einer Art antikommunistischer Sammelbewegung entwickelt hatte.² Die folgende Ausschaltung aller oppositioneller Kräfte, die der bewährten stalinistischen „Salami“-Taktik folgte, war im Dezember 1948 abgeschlossen. Alle Macht innerhalb Polens lag von da an bei der kommunistischen „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“ (PZPR), denn die Partei kontrollierte den Staat – die wahren Machthaber freilich saßen in Moskau. Die einzige nationale Institution, die ein gewisses Maß an Autonomie behalten konnte, war die katholische Kirche.

Die (fast) totale wirtschaftliche Transformation begann bereits im September 1944 mit einer radikalen Bodenreform. Diese brachte das Ende des adeligen Großgrundbesitzes. Im Januar 1946 wurden alle größeren Sachgüter erzeugenden Betriebe verstaatlicht. Die zwangsweise Kollektivierung der Landwirtschaft begann 1949, ging

jedoch nicht so weit wie in anderen osteuropäischen Ländern, sodass eine breite Schicht von privat wirtschaftenden Kleinbauern fortbestand. Der Dreijahresplan ab 1947 und der Sechsjahresplan ab 1950 folgten dem sowjetischen Vorbild und forcierten die Schwer- und die Produktionsgüterindustrien.

Zwei Phasen der Stabilisierung, in denen das kommunistische Regime ein gewisses Maß an Legitimität erlangte, währten jeweils nur kurz:

Nach dem Tod von Bierut leitete Gomułka im Herbst 1956 ein post-stalinistisches Tauwetter ein. Polen galt damals als das liberalste Land im Ostblock. Die Niederschlagung der ungarischen Revolution im November 1956 zeigte jedoch die Grenzen auf. Gomułka lehnte eine Demokratisierung der PZPR und die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben ab und hielt an der rigiden Planwirtschaft fest.

Ab 1971 erlebte Polen eine wirtschaftliche Scheinblüte, die sich auch in steigenden Konsumstandards niederschlug. Erkauft wurde dieser kurze ökonomische Aufschwung allerdings durch eine hohe Auslandsverschuldung. Da es nicht gelang, eine auch im Westen konkurrenzfähige Exportindustrie aufzubauen, und der Strukturwandel in der Schwerindustrie ausblieb, die polnische Planwirtschaft somit den Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum nicht schaffte, geriet sie schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre in eine schwere Krise, von der sie sich nicht mehr erholen sollte. Bereits 1980 mussten vier Fünftel der Exporterlöse für den Schuldendienst verwendet werden.

Immer wieder (1956, 1968, 1970/1, 1976, 1980) entzündeten sich Protestwellen an wirtschaftlichen Missständen, insbesondere Preiserhöhungen

bei Nahrungsmitteln, und griffen jeweils rasch politische Ziele auf. 1976 formierte sich das „Komitee zur Arbeiterverteidigung“ (KOR) und bildete eine Brücke zwischen unzufriedenen Arbeitern und oppositionellen Intellektuellen. Die katholische Kirche, die durch die Wahl von Wojtyła, Erzbischof von Krakau, zum Papst im Oktober 1978 einen enormen Prestigegewinn erfuhr, unterstützte die breite Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte.

Der Anfang vom Ende der kommunistischen Herrschaft, darin sind sich die Historiker einig, begann im September 1980 mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“. Diese wurde unter Walesas Führung rasch zu einer Sammel- und Massenbewegung demokratischen Protests: Bereits nach zwei Monaten zählte sie 8 Mio. Mitglieder! De facto bestand in Polen dann eine Doppelherrschaft: auf der einen Seite die Regierung, auf der anderen die „Solidarität“.

Moskau übte starken Druck auf die polnische Regierung aus, die Opposition zu unterdrücken. Im Dezember 1981 verhängte der Premierminister General Jaruzelski das Kriegsrecht, das bis Juli 1983 in Kraft blieb. Nach wie vor wird Jaruzelski in Polen sehr unterschiedlich beurteilt: Für die einen ist er derjenige, der verhinderte, dass Polen das kommunistische Joch bereits Anfang der 80er Jahre abwarf. Andere weisen darauf hin, dass er möglicherweise eine sowjetische Invasion, einen Bürgerkrieg und den wirtschaftlichen Kollaps abwandte. Tatsache ist, dass Jaruzelskis Regierung die fundamentalen politischen und ökonomischen Probleme nicht zu lösen vermochte. Mitte der 80er Jahre existierte eine politische Patt-Situation. Nach weiteren Streikwellen stand die Regierung im Sommer 1988 vor der

Wahl zwischen der erneuten Verhängung des Kriegsrechts, verbunden mit anhaltendem wirtschaftlichem Niedergang, und einem Abkommen mit der Opposition, verbunden mit der Einleitung wirtschaftlicher Reformen.

Entscheidend war dann der von Gorbatschow eingeleitete politische Kurswechsel in Moskau. Am berühmten „Runden Tisch“ handelten Regierung und Opposition in Warschau ab Februar 1989 einen friedlichen Übergang zu parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft aus. Die (halb)freien Parlamentswahlen im Juni 1989, die endlich das Versprechen von Jalta einlösten, endeten mit einem vollkommenen Desaster für die kommunistische PZPR und stellten einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung auf das Ende des sowjetischen Imperiums in Osteuropa dar. Im August wurde der angesehene katholische Intellektuelle Mazowiecki der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident im (noch) sowjetischen Herrschaftsbereich. Die Autoren betonen die Bedeutung der Zurückhaltung und des Verantwortungsgefühls der politischen Führer beider Seiten für den Erfolg der ersten „samtenen“ Revolution. Ihr politischer Realismus, so Lukowski und Zawadzki, stehe in markantem Kontrast zu dem Verhalten der politischen Entscheidungsträger des 19. Jahrhunderts und auch des Jahres 1944, als das polnische Volk in schlecht vorbereitete und letztlich katastrophale Aufstände geführt wurde.

Außenpolitisch verzeichnete die dritte Republik mit dem Beitritt zur NATO 1999 und zur EU 2004 große Erfolge, die angesichts der Geschichte Polens im 18., 19. und 20. Jahrhundert gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Zudem heben die Autoren hervor, dass es nicht zuletzt der ge-

schickten polnischen Außenpolitik zu verdanken sei, dass der Zusammenbruch des Kommunismus zwischen 1989 und 1993 im nordöstlichen Mitteleuropa nicht von einem Wiederaufkommen nationalistischen Hasses und irredentistischer Konflikte begleitet war wie in weiten Teilen Südosteuropas.

In wirtschaftlicher Hinsicht weist die Entwicklung Polens seit 1989 Licht und Schatten auf. Seit dem Ende der tiefen Übergangsrezession von 1990/1 befindet sich die Wirtschaft auf einem Wachstumspfad. Ausländische Investitionen strömten ins Land. Das durchschnittliche Realeinkommen ist deutlich gestiegen und hat mittlerweile über 40% des EU-Mittels erreicht. 1999 fiel die Inflationsrate erstmals unter die 10%-Marke, die Währung ist stabil.

Doch die Kosten und Nutzen des Übergangs zur Marktwirtschaft waren und sind sehr ungleich verteilt. Die Privatisierung staatlicher Betriebe, die schockartige Einführung von Marktpreisen und der Wettbewerbsdruck importierter Waren ließen die Arbeitslosigkeit stark ansteigen. Nach IAO-Definition lag die Arbeitslosenrate 2005 bei 18%. Mit nur 52,8% war die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 64-Jährigen die niedrigste unter allen EU-Ländern. Die Einkommensunterschiede haben drastisch zugenommen. Zu den Verlierern zählen viele jener, die am meisten zum Triumph der Gewerkschaft „Solidarität“ beitrugen – die Industriearbeiter.

Zu den Herausforderungen, mit denen die polnische Gesellschaft konfrontiert ist, zählen ferner die politische Korruption, das mangelnde Vertrauen

in viele öffentliche Institutionen, die Apathie und das Gefühl des Ausgeschlossenenseins weiter Teile der Bevölkerung, was sich u. a. in sehr geringer Wahlbeteiligung niederschlug. Die großen Erfolge rechtspopulistischer Parteien wie der „Liga der Polnischen Familien“ (LPR) und der „Selbstverteidigung“ sind in vielerlei Hinsicht eindeutige Warnsignale. Es scheint, als sei die polnische Gesellschaft tief gespalten in einen liberaleren, urbanen, weltoffenen, der europäischen Integration positiv gegenüberstehenden Teil und einen konservativeren, provinziellen, nationalistischen, die EU ablehnenden Teil.

Dem Autorenduo ist eine sehr empfehlenswerte, gut lesbare Einführung in die polnische Geschichte gelungen. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass sich die Verfasser immer wieder auf die langfristigen Tendenzen beziehen und damit interessante, manchmal überraschende Perspektiven eröffnen.

Michael Mesch

Anmerkungen

¹ In Polen wird gemeinhin die Wahlmonarchie 1572-1795 als „Erste Republik“ bezeichnet, die Phase 1918-39 als „Zweite Republik“ und die Zeit seit 1989 als „Dritte“ oder „Vierte Republik“.

² In den von Beobachtern der Westmächte und der Bauernpartei kontrollierten Wahllokalen wurden zwischen 60 und 68% der Stimmen für die PSL abgegeben: Hoensch, Jörg K., Geschichte Polens (2. Auflage, Stuttgart 1990) 303.